

GEDANKEN AUS DER CHEFREDAKTION

Liebe Leserinnen und Leser,



sie ist wieder da, die Zeit der großen Jahresrückblicke. Jeder Fernsehsender, der etwas auf sich hält, lässt zum Jahresende einen möglichst prominenten Moderator auf ein Jahr scheinbar voller Höhepunkte zurückschauen. Die meisten dieser Sendungen haben wir bereits hinter uns gebracht. Die gute Nachricht vorweg: ENTSCHEIDUNGen nehmen weiterhin, wie im echten Leben, nicht die Vergangenheit, sondern die Zukunft in den Blick.

Wohl in nur wenigen Politikbereichen braucht es für die Entscheidungen von heute ein so umfassendes Lagebild der Zukunft wie in der Sicherheitspolitik. Im Ernstfall ist Einsatz gefragt, Zeit für Reformen bleibt dann nicht mehr. Umso beruhigender, dass wenigstens im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik aktuell einmal nicht der Reformstau beklagt wird. Im Gegenteil, es geht zügig voran, manchen gar zu schnell: Alle grundlegenden Entscheidungen zur Neuausrichtung der Bundeswehr sind gefallen. Die vorliegende Ausgabe der ENTSCHEIDUNG zeigt Hintergründe und Zusammen-

hänge auf - und befragt die Entscheider selbst.

Das Ergebnis dieser unserer Arbeit bekommen dieses Mal nicht nur die Abonnenten und Leser der ENTSCHEIDUNG vorgestellt, sondern mit ihnen die Frauen und Männer der Bundeswehr im Auslandseinsatz. Wir waren der Meinung: Sie sind die Betroffenen, sie sind die Umsetzer, sie sind die Entscheider vor Ort. Mit unserem speziellen Weihnachtsgruß wollen wir Danke sagen dafür, dass die Soldaten und Mitarbeiter der Bundeswehr Gesundheit und Leben einsetzen für unsere Sicherheit. Danke!

Ihnen und uns allen, sei es im fernen Einsatzgebiet oder vor dem Fernseher im heimischen Wohnzimmer, wünscht das Team der ENTSCHEIDUNG frohe und gesegnete Weihnachten sowie einen schönen Übergang in ein hoffentlich gutes neues Jahr!

In diesem Sinne auf ein Neues,

Nathanael Liminski
Chefredakteur

INHALTE

Das sind die Inhalte der nächsten ENTSCHEIDUNG.



- 4 Politspiegel
- 6 Buchtipps
- 9 SMS-Interview mit Peter Hahne
- 10-21 Titel: Sicherheit im Wandel-Bundeswehr im Wandel
- 10 JU in Aktion I: Tag der Solidarität mit der Bundeswehr
- 16 Interview: Bundesminister Dr. Thomas de Maizière
- 22 International: Griechenland und Italien
- 24 JU-Politikaleiter Teil I
- 26 JU Global
- 28 International: IYDU
- 29 Bilanz zur grün-roten Landesregierung in Baden-Württemberg
- 30 Wege in die Politik: CDU-NRW-Generalsekretär Oliver Wittke
- 32 Strategie: Zum politischen Umgang mit der Digitalisierung
- 34 Lückentext mit CDU-RLP-Generalsekretär Patrick Schnieder MdB
- 35 Mecklenburg-Vorpommern nach der Wahl
- 36 Rückblick: Deutschlandrat Berlin 2011
- 38 JU in Aktion II: Gegen Extremismus
- 39 Aktiv-Meldungen aus den Verbänden
- 44 JU in Aktion III: CDU-Parteitag in Leipzig
- 46 Kolumne des Bundesvorsitzenden

Lesen, wie die Schwarzen denken: Seit über 50 Jahren ist DIE ENTSCHEIDUNG das Magazin der Jungen Union Deutschlands: Alle 2 Monate aktuelle politische Informationen aus dem Verband und für den Verband - und das ab 10,- Euro im Jahr! Abonnieren lohnt sich unter

» Mehr in der ENTSCHEIDUNG



TITELTHEMA: SICHERHEIT IM WANDEL - BUNDESWEHR IM WANDEL

Dr. Peter Tauber MdB: Die Junge Union steht fest zur Bundeswehr!



„Wir. Dienen. Deutschland“. So lautet seit Juli 2011 die neue Kernbotschaft im Logo der Bundeswehr. Kurz und prägnant zeigen uns diese drei Worte, worum es geht: Die Männer und Frauen der Bundeswehr leisten ihren anspruchsvollen Dienst nicht für irgendetwas, sondern für uns alle, für unsere Sicherheit und den Frieden in Europa. Sie dienen Deutschland. Bewusst wurde das Wort „Dienen“ gewählt, als ein mittlerweile so „unmodernes“ Wort, das so gar nicht in die vermeintliche Wirklichkeit einer

individualistischen Wohlstands- und Freizeitgesellschaft zu passen scheint. Die Soldaten der Bundeswehr schwören, „das Recht und die Freiheit des Deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.“ Sie sind bereit für unsere Sicherheit und den Frieden ihr Leben zu riskieren. Für sie wiegt unsere Freiheit schwerer als die eigene körperliche Unversehrtheit. Die Bundeswehr hat die Freiheit des deutschen Volkes über Jahrzehnte erfolgreich verteidigt. Alt-Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat dies einmal in dem Satz zusammengefasst, dass der Dienst in der Bundeswehr kein Kriegsdienst, sondern ein Kriegsverhinderungsdienst gewesen sei. Ebenso prägnant hat es sein Vorgänger Karl Carstens formuliert: „Ein Wehrpflichtiger leistet mehr für den Frieden als die Friedensbewegung.“ [...]

individualistischen Wohlstands- und Freizeitgesellschaft zu passen scheint. Die Soldaten der Bundeswehr schwören, „das Recht und die Freiheit des Deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.“ Sie sind bereit für unsere Sicherheit und den Frieden ihr Leben zu riskieren. Für sie wiegt unsere Freiheit schwerer als die eigene körperliche Unversehrtheit. Die Bundeswehr hat die Freiheit des deutschen Volkes über Jahrzehnte erfolgreich verteidigt. Alt-Bundespräsident Richard von Weizäcker hat dies einmal in dem Satz zusammengefasst, dass der Dienst in der Bundeswehr kein Kriegsdienst, sondern ein Kriegsverhinderungsdienst gewesen sei. Ebenso prägnant hat es sein Vorgänger Karl Carstens formuliert: „Ein Wehrpflichtiger leistet mehr für den Frieden als die Friedensbewegung.“ [...]

Verteidigungsminister Dr. Thomas de Maizière MdB: „Ein fester Teil der Gesellschaft“



Entscheidung: Die Zukunft der Bundeswehr und ihrer Aufgaben...

De Maizière: ...lässt sich nur schwer vorhersagen. Wir sind eine Einrichtung, die Sicherheit produziert, weil es Unsicherheit gibt. Ich möchte den Lesern vor Augen führen: Vor rund zwanzig Jahren

fiel die Mauer, vor zehn Jahren erlebten wir die Anschläge des 11. September, vor kurzem dann die Aufstände in der arabischen Welt. Niemand kann vorhersagen, welche epochalen Entwicklungen es wiederum in zehn Jahren geben wird. Aber eines steht fest: Eine deutsche Sonderrolle gibt es nicht mehr und sie würde vom Ausland auch nicht mehr akzeptiert werden. Deutschland ist wiedervereinigt - wir sind erwachsen, ein wichtiges Land in der Welt, und haben

deswegen internationale Verantwortung zu übernehmen. Aber nicht bedenkenlos, sondern auf der Grundlage einer umsichtigen politischen Diskussion. Das gilt für Klima- und Währungsfragen genauso wie für Sicherheitsfragen.

Entscheidung: Wie werden sich die steigenden internationalen Anforderungen auf die Zahl deutscher Soldaten im Auslandseinsatz auswirken?

De Maizière: Ich rechne eher mit mehr Anfragen als bisher. Und eines ist klar: Anfragen nach deutscher Beteiligung an internationalen Einsätzen abzulehnen mit dem Hinweis, an dieser Stelle der Welt habe unser Land keine nationalen Interessen, oder mit Verweis auf unsere besondere Geschichte, das wird uns niemand mehr durchgehen lassen. [...]

BILD-Chefreporter Julian Reichelt: Der Ernstfall



Manchmal laufen die großen Linien der Außenpolitik direkt auf das Schicksal eines einzelnen Menschen zu. Ein Mensch wird zum Fluchtpunkt diplomatischer Entscheidungen. Im Schicksal eines Menschen werden die Konsequenzen erkennbar, die das Handeln oder Nicht-Handeln eines Staates haben kann.

Am 17. März enthielt Deutschland sich im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bei der Abstimmung zur Libyen-Resolution. An Militäroperationen gegen das Gaddafi-Regime würde Deutschland nicht teilnehmen. Man wolle weiterhin auf den Weg harter Sanktionen setzen.

Nur wenige Stunden später stand ich im Krankenhaus von Benghazi (Ost-Libyen) am Bett eines kleinen Jungen, dessen Körper von Kalaschnikow-Kugeln durchsiebt war. Der Junge hieß Mohammed und war drei Jahre alt. Seine Eltern hatten versucht, mit ihrem Sohn und ihrem neugeborenen Baby aus dieser Hauptstadt der Revolution zu fliehen, die von Gaddafis Truppen belagert war. Die Soldaten des Regimes hatten das Auto zusammen geschossen. Mohammeds Vater und sein kleiner Bruder waren tot. Wie durch ein Wunder hatte Mohammed trotz mehrerer Schusswunden überlebt. Zwei Betten weiter lag seine Mutter mit einer Kugel im Kopf im Koma. Sie würde nicht wieder aufwachen, sagten mir die Ärzte. [...]

HINTERGRUND

Dr. Dietrich von Klaeden: Kleine Anleitung zum Entern des Piratenschiffs

Der Tweet, den Konstantin von Notz vom Bundesparteitag der Grünen Ende November in die Runde schickte, klang ein wenig so, als sei dem Netzpolitischen Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion gerade ein Stein vom Herzen gefallen, der allerdings im seichten Wasser grüner Programmatik nicht allzu große Kreise ziehen konnte: „Gemeinsam“ habe man mit „überwältigender Mehrheit“ einen „großartigen“ Antrag zur Netzpolitik beschlossen. Gemeinsam. Überwältigend. Großartig. Soviel Wortgeklänge lässt einen genauer hinschauen: Neben dem für Parteiprogramme üblichen „Seemannsgarn“ enthält die netzpolitische „Schatzkarte“ der Grünen jede Menge glücklich machende Aussagen für zahlende und blinde Passagiere, die sich in diesem Internet bewegen. Was sich bei Lichte betrachtet dahinter verbirgt, ist jedoch nicht viel mehr als der untaugliche Versuch, die auf hoher See mit einem stolzen Dreimaster dahinsegelnden Piraten mit einer kleinen, an jeder Welle beinahe kenternenden Schaluppe einzuholen.

Obwohl bei den Piraten die Schadenfreude, die Grünen in

der digitalen Kompetenz weit hinter sich gelassen zu haben, besonders ausgeprägt zu sein scheint, („Ihr seid alt, Ihr seid alt!“) und sogar die FAZ die Grünen netzpolitisch als „Freibeuter der Leere“ verspottet, kann doch ein kritischer Blick auf das netzpolitische Fundament von Union, SPD und FDP nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch sie ihre Optionen, sich als politische Parteien in der digitalen Welt zu positionieren, noch nicht ausgeschöpft haben. Potential scheint es dabei vor allem in dreierlei Richtungen zu geben: Erstens ist ein klares politisches Bekenntnis erforderlich, welche Grundwerte im Netz gelten sollen sowie die Bereitschaft, diesen auch im Konfliktfall Geltung zu verschaffen. Darauf gründend wäre es zweitens ihre Aufgabe, bezogen auf jedes einzelne Sachgebiet die Digitalisierung im Detail politisch zu durchdringen und daraus eine neue Agenda für das politische Tagesgeschäft zu formen. Drittens stellt sich schließlich die Herausforderung, neue Formen digitaler Meinungsbildung zu kreieren und ins „relevant set“ parteipolitischer Beteiligungsformen aufzunehmen, nicht zuletzt, um für „digital natives“ als wählbare Alternative attraktiv zu werden. [...]

WEGE IN DIE POLITIK

CDU-NRW-Generalsekretär Oliver Wittke: „Nett zu sein reicht nicht aus!“



„In der Zeit des NATO-Doppelbeschlusses war es bei jungen Leuten ‚in‘, gegen die Stationierung neuer US-Raketen zu sein“, erinnert sich Oliver Wittke an seine Schulzeit in den frühen achtziger Jahren. „Ich war für die CDU-Position, dass die Sowjetunion nur so zur Vernunft gebracht werden konnte.“ Um ihn herum sei alles ‚rot‘ gewesen - die Schule und ihre Lehrer, seine Heimatstadt Gelsenkirchen. So beschloss Wittke, sich in der Schüler Union zu engagieren und trat als 15-Jähriger in die Junge Union ein. „Die Junge Union Gelsenkirchen war sehr aktiv, und nach einiger Zeit wurde ich ihr Pressesprecher, da ich zugleich als freier Mitarbeiter von Tageszeitungen arbeitete.“ Mit 23 wurde Wittke in den Gelsenkirchener Stadtrat gewählt und engagierte sich dort im Bereich der Verkehrspolitik. „Beim Deutschlandtag 1988 in Baden-Baden sagte Helmut Diegel, Bezirksvorsitzender der JU Ruhrgebiet, zu Heinrich Böckelühr und mir: Einer

von Euch geht nächstes Jahr in den Bundesvorstand und einer wird Bezirksvorsitzender - nun einigt Euch!“, so Wittke. Böckelühr wollte in den Bundesvorstand, dem er bis 1998 als Bundesschatzmeister angehören sollte, Wittke wurde 1990 Vorsitzender der JU Ruhrgebiet, die damals mehr Mitglieder als der heutige Bezirks-Spitzenreiter JU Oberbayern hatte. Im Vorfeld der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 1995 kam es zu einer Kampf Abstimmung um die Spitzenkandidatur der JU, die Wittke gewann und somit über die Landesliste in den Landtag einzog. „Bei so etwas ist immer viel Glück dabei“, sagt er im Rückblick. In der CDU-Landtagsfraktion wurde der damals 28-jährige Neuling, der ein Jahr zuvor sein Studium als Diplom-Geograph abgeschlossen hatte, integrationspolitischer Sprecher. 1997 gehörte Wittke zu den Gründern des Deutsch-Türkischen Forums, einer Sonderorganisation der CDU in Nordrhein-Westfalen und anderen Landesverbänden. „Damals haben wir innerhalb der Partei nicht viel Zuspruch für unsere Positionen bezogen, als wir islamischen Religionsunterricht und den Bau von Moscheen forderten“, so Wittke. [...]

JU IN AKTION

Tag der Solidarität für die Bundeswehr

Die Bundeswehr garantiert seit ihrer Gründung im Jahr 1955 die Sicherheit Deutschlands und hat sich gleichzeitig zu einer international respektierten Friedentruppe entwickelt. Deutsche Soldaten sind im In- und Ausland im Einsatz für Frieden und Sicherheit und riskieren täglich ihr Leben für unser Land und seine Bürger. Die Junge Union hat mit dem „Tag der Solidarität für die Bundeswehr“ am 12. November 2011 ihre Wertschätzung für den Dienst der Soldaten zum Ausdruck gebracht. ENTSCHEIDUNG berichtet von den Aktionen im ganzen Land.



Aktionstag gegen Extremismus

Die erschreckenden Erkenntnisse über Ausmaß und Qualität des rechtsextremen Gewaltpotentials in Deutschland haben in der Jungen Union tiefe Bestürzung und Besorgnis ausgelöst. Um ein klares Zeichen gegen Hass und Extremismus zu setzen und die Stimme gegen diese menschenverachtenden Ideologie zu erheben, hat die Junge Union zu einem bundesweiten Aktionstag gegen extremistische Gewalt am 3. Dezember 2011 aufgerufen. ENTSCHEIDUNG berichtet von den Aktionen der JU-Verbände im ganzen Land.



Starker Auftritt der Jungen Union auf dem CDU-Bundesparteitag



Mit einer Lounge als zentralem Anlaufpunkt präsentierte sich der Bundesverband der Jungen Union auf dem CDU-Bundesparteitag in Leipzig. Unter dem Motto „Zukunftsmusik“ wurden die Besucher über den beschlossenen Leitantrag „Deutschland demographiefest machen!“ des

Deutschlandtages informiert, der nur drei Wochen zuvor in Braunschweig stattgefunden hatte. In bewährter Nachbarschaft zum Stand der Senioren-Union entwickelte sich die JU-Lounge zu einem der zentralen Treffpunkte auf dem Parteitag. Vor allem die alkoholfreien Cocktails, die durch die Schmidt-Gruppe ausgeschenkt wurden, erfreuten sich dabei großer Beliebtheit.

Auch im Plenum sorgte die JU für Aufsehen: Mit dem von den Delegierten angenommenen Antrag „Keine Eurobonds“ untermauerte die Junge Union ihre klare Ablehnung einer europäischen Schuldenunion und forderte stattdessen strukturelle Reformen innerhalb der Stabilitätsgemeinschaft. Weitere Schulden zu Lasten künftiger Generationen verhindern und stattdessen Europa in deren Sinne weiterzuentwickeln, dafür steht die Junge Union. In einem weiteren Antrag zur Pflegeversicherung zielte die JU auch auf einen generationengerechten Umgang mit den finanziellen Ressourcen in Deutschland. [...]